

GASTBEITRAG

Für ein starkes gemeinsames Band mit Polen

In einer Volksabstimmung 2004 haben die Menschen in Polen für den Beitritt zur EU votiert. Viele Politiker aus anderen Staaten waren bei der Referendums-Kampagne für ein Ja engagiert. Polen ist ein wichtiges Stück Europa, Warschau ein bedeutender Teil von Brüssel: Von 2009 bis 2011 war Jerzy Buzek Präsident des Europäischen Parlaments, seit 2014 ist Donald Tusk Präsident des Europäischen Rates.

Jeden Tag arbeiten Politiker und Beamte, Wirtschaftsvertreter und Wissenschaftler miteinander, lernen Schüler und Studenten aus Polen und Deutschland voneinander in einem vereinten Europa. Auch die wirtschaftlichen Verflechtungen sind seit dem Fall des Eisernen Vorhangs stetig enger geworden. Deutschland ist wichtigster Handelspartner Polens. Mehr als ein Viertel der Exporte gehen an den Nachbarn jenseits von Oder und Neiße. Bei den ausländischen Direktinvestitionen liegen deutsche Unternehmen auf Platz eins. In den vielen kleinen und mittleren Unternehmen in den Grenzregionen arbeiten täglich Menschen beider Länder Hand in Hand. Und sie leben durch diese Kooperation besser als zuvor. Die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Polen wurden seit dem Abschluss des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages vor fast 25 Jahren immer enger und sind ein wichtiger Beitrag zum Frieden in Europa.

Am 25. Oktober 2015 gewann die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) die Parlamentswahlen in Polen. Seitdem wird rasant deutlich: Mit 18,7 Prozent der Wahlberechtigten, 37,6 Prozent der Wählerinnen und Wähler und 51,1 Prozent der Mandate will die PiS 100 Prozent der Macht. Mit den Mehrheiten in beiden Kammern sowie einem Staatsoberhaupt ihrer politischen Couleur scheint dies bei einer fragmentierten Opposition möglich. Am 24. November verbannte in Warschau die neue polnische Regierungschefin Beata Szydło die EU-Fahne im Saal ihrer ersten Pressekonferenz. Am 25. November verbrannten in Breslau vor dem Rathaus antisemitische Demonstranten die EU-Fahne, ohne dass die öffentliche Ordnung dagegen einschränkt. Gewählten Verfassungsrichtern wird in einem zweifelhaften Eilbeschluss die Übernahme ihres Amtes unter-

Die polnische Regierung droht, das Land ins europäische Abseits zu manövrieren. Dagegen müssen wir kämpfen.

Von Axel Schäfer, Lisa Paus und Thomas Nord



sagt, ein verurteilter Politiker ohne rechtsstaatliches Verfahren begnadigt und zum Geheimdienstkoordinator ernannt, werden regierungskritische Journalisten mit ersten Repressalien überzogen und Kulturschaffende zensiert. PiS-Chef Jarosław Kaczyński sprach in der Debatte zur Regierungserklärung von „Erneuerung der Volksgemeinschaft“. Er kündigte Änderungen für die öffentlich-rechtlichen Medien an, um sie unter Regierungskontrolle zu stellen. Bei polnischen Journalisten und Juristen wird schon von einem „Anschlag auf den Rechtsstaat“ gesprochen.

Bei Fortsetzung dieses Weges wird die PiS-Regierung Polen ins europäische Abseits manövrieren. Sie ist schon jetzt mit ihren Abgeordneten im Europäischen Parlament Teil einer Fraktion, die von den britischen Konservativen über dänische Nationalisten bis zur deutschen AfD reicht. Ihr Vorbild ist der ungarische Regierungschef Viktor Orban (FIDESZ), der sein Land nach zwei gewonnenen Wahlen Schritt für Schritt autokratisch aus einer demokratischen Wertegemeinschaft herausführt.

Aber Polen ist nicht Ungarn. Das beginnt damit, dass die PiS im Unterschied zu FIDESZ sich nicht auf den Schutz der EVP-Partei familie verlassen kann. Orban gehört bekanntlich zu den europäischen Christdemokraten und kann sich vor allem auch auf deutsche Parteifreunde in der

CSU stützen. Die PiS hat in Deutschland nur Frauke Petry, Björn Höcke und Co als „Partner“. Das ist die eine Seite, die andere: Ein solcher Konflikt ist weder im Interesse der Menschen in Polen noch der in Deutschland. Für ihre Zukunft ist es besser, das europäische Prinzip der „Solidarität zwischen ihren Völkern“ (Präambel EUV) gerade in schwierigen Zeiten zu leben – nicht nur bei der Vergabe von Fördermitteln sondern auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Europa ist mehr als Binnenmarkt und Finanzhilfen. Es muss vor allen Dingen eine Solidar- und Friedensgemeinschaft sein.

Wir wollen nicht, dass das Trennende die Beziehungen zwischen unseren Ländern bestimmt. Vielmehr kommt es gerade jetzt darauf an, alles verbindend Europäische und bindend Bilaterale zwischen Polen und Deutschland zu aktivieren, indem wir es mit allen polnischen Partnern gemeinsam praktizieren: Mit fast 600 Städtepartnerschaften gibt es auf lokaler Ebene tausendfache Möglichkeiten für Begegnungen. Das gilt gleichermaßen für den Bildungsbereich inklusive des Schüleraustauschs und der Universitätskooperationen. Genauso wie das Deutsch-Polnische Jugendwerk, das seit 1993 mehr als 50 000 Projekte unterstützt hat, an denen über zwei Millionen Jugendliche teilgenommen haben. Auch die parteinahen politischen Stiftungen sollten ihre Angebote von Dialogveranstaltungen bis zu Austauschprogrammen mit ihren polnischen Partnern verstärkt nutzen. Schließlich brauchen wir ein funktionsfähiges Weimarer Dreieck, wo wir gemeinsam mit unseren französischen Freunden mit Initiativen unverzüglich auf die polnischen Vertreter zugehen müssen. Wir wollen die Beziehungen zwischen den Menschen beider Länder weiter so festigen, dass sie nicht durch Nationalismus über Nacht zerstört werden können. Nur dann haben unsere Länder eine gemeinsame, eine europäische Zukunft.

Axel Schäfer ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Lisa Paus ist Sprecherin für Steuerpolitik der Grünen-Bundestagsfraktion.

Thomas Nord ist Sprecher für internationale Wirtschaftspolitik der Linken-Bundestagsfraktion.